

In dieser Ausgabe:

2 DIE LINKE in der BVV gegen Kürzungen.

2 Bauen und stiften. Marlis Fuhrmann über Stiftungen, die Lobbyorganisationen sind.

4 Rassisten wurde „die Tour vermässelt“. Für „Pro Deutschland“ war der Neuköllner Kiez dicht.

5 Leben in der Gropiusstadt. 50 Jahre Neuköllner Tranbantenstadt.

6 Wir sind alle Griechen. Florian Warweg berichtet von der Sommerakademie der Europäischen Linkspartei.

7 „Ist Neukölln homo-phober als Schöneberg?“ Gespräch über Gefühle, Statistiken und Erfahrungen.

8 Bald besserer Kündigungsschutz für Neuköllner Mieter? Antrag der Fraktion DIE LINKE in der BVV angenommen.

Bundesweiter Aktionstag



UM *fair* TEILEN
Reichtum
besteuern

Weitere Argumente auf Seite 3

Berlin · Samstag 29.9.12
11.30 Uhr · Potsdamer Platz
www.umfairteilen.de

Dem Schuldenberg der Kommunen steht ein großes Privatvermögen gegenüber: Nur zwei Prozent der deutschen Bevölkerung verfügen über ein Vermögen, das genauso hoch ist, wie die Gesamtschulden der Bundesrepublik zusammen. Diese Vermögen werden kaum oder gar nicht besteuert und während die Mehrheit der Bevölkerung durch Sparmaßnahmen oder hohe Steuersätze für die Bewältigung der Krise herangezogen wird, lässt die Bundesregierung den Reichtum der Wenigen unangetastet.

DIE LINKE widersetzt sich dieser Politik und setzt sich ein für eine gerechtere Verteilung des Reichtums. Durch Einführung einer Millionärsteuer und einer Vermögensabgabe könnten die Haushaltslöcher gestopft und so die Finanznot der Kommunen bewältigt werden. Als Unterstützer des Bündnisses „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern!“ ruft DIE LINKE zur Demonstration am 29.9. auf!

„Zuschussrente“ ist keine Lösung

Unter der Führung erst von Schröder, dann von Merkel haben zehn Jahre gereicht, um die gesetzliche Rentenversicherung, die zuvor 45 Jahre lang weitgehend verlässlich funktioniert hat, gegen die Wand zu fahren.

Per Gesetz das Rentenniveau auf 43 Prozent abzusenken war bis auf DIE LINKE quer durch die Parteien politischer Wille. Die von Frau von der Leyen (CDU) vorgeschlagene „Zuschussrente“ ist keine Lösung, zumal sie an Bedingungen geknüpft ist. Zum Beispiel: die Privatvorsorge. Niedriglöhnerin-

nen und -löhner werden kaum Geld haben, um zusätzlich private Altersvorsorge zu treffen, die zudem noch den Risiken der Kapitalmärkte ausgesetzt ist.

CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne haben mit all ihren Kürzungsfaktoren die gesetzliche Rentenversicherung so auf den Hund gebracht, dass Millionen Arbeitende selbst bei langjähriger Versicherung nur noch Armutsrenten zu erwarten haben. Die Rente erst ab 67, an der auch SPD und Grüne weiter festhalten, verschärft das noch weiter. Diese Entwicklung muss jetzt gestoppt und umgekehrt werden, wenn sie nicht zu einem sozialpolitischen GAU ausarten soll, der Deutschland aus den Fugen geraten lässt.

DIE LINKE meint: Wenn in Zukunft Deutschlands Alte nicht bis zum Tod malochen sollen, um ir-

gendwie über die Runden zu kommen, führt kein Weg an einem Stopp der Rentenkürzungen und an der Wiederherstellung eines Rentenniveaus von mindestens 53 Prozent vorbei, das im Alter den Le-

bensstandard sichert und Armut verhindert. Dazu gehören ein flächendeckender Mindestlohn nicht unter zehn Euro, eine Zurückdrängung prekärer Beschäftigung und eine solidarische Mindestrente.



Foto: DIE LINKE

Informationsaktion der Neuköllner LINKEN auf dem Hermannplatz.

LINKE in der BVV gegen Kürzungen

Pflegestützpunkt Gropiusstadt notwendig / Kein Wegfall von Förderstunden

Obwohl DIE LINKE in der Neuköllner BVV die kleinste Fraktion stellt und an der Zählgemeinschaft nicht beteiligt ist, konnte sie wichtige Punkte auf die Tagesordnung setzen.

Ein Erfolg konnte beim Mieterschutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erzielt werden (ausführlich auf Seite 8).

Neukölln benötigt zusätzliche Mittel für die Einrichtung eines dritten Pflegestützpunkts. Neben den beiden Pflegestützpunkten in der Werbellinstraße und der Donaustraße in Nord-Neukölln wird noch dringend ein dritter Stützpunkt im Süden benötigt. Dort wohnt die Mehrzahl der Älteren und Pflegebedürftigen. Derzeit sind laut Aussage des zuständigen Stadt-



Vignette: Franz Zauleck

rates kleinere Kürzungen bei beiden vorhandenen Pflegestützpunkten vorgesehen. Bedeutet das, dass der dritte Pflegestützpunkt nicht eingerichtet wird? Die Neuköllner Verwaltung muss sich unbedingt für die Einrichtung des dritten Stützpunktes einsetzen, fordert DIE LINKE.

Mit einer Großen Anfrage setzte die Fraktion DIE LINKE, unterstützt von den Grünen, den Wegfall von Förderstunden an Neuköllner Grundschulen im laufenden Schuljahr auf die Tagesordnung. An 19 Grundschulen und an vier Sonderfordereinrichtungen mit Grundschulbereich sollen insgesamt über 400 Stunden eingespart werden. Die SPD-Schulsenatorin Scheres möchte die an den Grundschulen gekürzten Stunden für administrative Tätigkeiten der stellvertretenden Schulleiter verwenden. Auf keinen Fall darf das aber auf Kosten der Grundschüler passieren. In ihrem Redebeitrag wies Erika Mourgues für DIE LINKE auf die Wichtigkeit des vollständigen Erhalts der Förderstunden nicht nur an den so-

zialen Brennpunkten hin. In keinem anderen europäischen Land hänge der Schulerfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Mit der zuständigen Stadträtin gab es Einvernehmen, dass die Förderstunden in Neukölln erhalten bleiben sollen. Bedauerlich war, dass es weder von der SPD noch von der CDU eine Stellungnahme gab. Auch von den Piraten war mal wieder nichts zu hören.

Bemerkenswert war die schlechte Atmosphäre in der BVV. Der Vertreter der Grünen im BVV-Vorstand hat wegen mangelhafter Möglichkeit zur Beteiligung der Oppositionsparteien an der Sitzungsleitung zu Beginn der BVV schriftlich seinen Rücktritt aus dem Vorstand erklärt.

RO

Bauen und stiften

Unterfinanzierung macht Kommunen anfällig für „Segnungen“ von Stiftungen

Die Absichten vieler Stifter mögen ehrbar sein – bei einigen sind aber Zweifel angebracht.

Ein solcher Stifter ist Alexander Otto. Der Sohn des kürzlich verstorbenen Versandhausgründers ist verantwortlich für den Baubereich des Familienkonzerns und die Stiftung „Lebendige Stadt“.

Mit ECE steht Alexander Otto der größten europäischen Einkaufs-Center-Entwicklungsgesellschaft vor, einer Firma, die deutschlandweit mit dem Bau von über 100 Einkaufszentren sowie der Entwicklung von Büro- und Verkehrsimmobilen Schlagzeilen macht. Sie verschafft sich begehrte innerstädtische Bauplätze durch Abrisse ganzer Altstadtensembles samt Überbauung von Stadtplätzen und Parks (wie in Braunschweig und Saarbrücken). Aber neuerdings widmet sie sich auch Bahnanlagen und Flughäfen.

ECE-Konstruktion: unheilige Allianz zwischen Centerbau, Stadtplanung und Verkehrspolitik

Ein Leitbild ist der Bahnhof als Einkaufscenter mit Gleisanschluss. Erstmals am Leipziger Hauptbahnhof unter Bürgermeister Tiefensee durchgesetzt, der später als Bundesbau- und Verkehrsminister den Ausverkauf der Deutschen Bahn einleitete. Ehemalige Gleisflächen für den

Güterverkehr werden zu Bauflächen in bester Lage.

Entsprechend dürfte Stuttgart 21 eines der größeren Projekte sein, bei dem sich ECE engagiert. Sie entwickelt nördlich des umkämpften Personenbahnhofs das sogenannte „Europaviertel Milano“. Gebaut werden neben dem Einkaufscenter ein Hotel, Büros und Wohnungen im oberen Preissegment. Die Finanzierung mit 560 Millionen Euro erfolgt unter der Führung der Berlin Hyp/LBB. Beim eigentlichen Bahnhofprojekt Stuttgart 21 ist ECE zumindest mittelbar beteiligt. Stuttgarter Landes- und Lokalpolitiker sowie der Architekt des neuen Bahnhofs waren Mitglieder der Stiftung „Lebendige Stadt“. Auf ihre augenscheinliche Befangenheit mußte von der kritischen Öffentlichkeit hingewiesen werden. Die Stuttgart 21-Gegner überzieht man inzwischen mit Prozessen.

Im Vorfeld der Projekte agiert Alexander Otto als sein eigener Stadtplaner. Die Voraussetzungen für die Bauprojekte schaffen politische Entscheidungsträger, die sich – statt die gewachsenen Zentren behutsam zu aktivieren – mit dem Versprechen „Lebendiger Städte“ und neuer Arbeitsplätze ködern lassen. Dabei wird nicht nur der bestehende Einzelhandel preisgegeben sondern auch die Planungshoheit über die Innenstädte.

„Angriff auf die City“ (Düsseldorf 2006) nennt dies der altersweise ehemalige Centerarchitekt Walter Brune, der das gleichnamige Buch zur Warnung gratis an Kommunalpolitiker verteilen ließ (Die Zeit Nr. 44/26.10.06).

Die Stiftung „Lebendige Stadt“ gilt als reine Lobbyorganisation

Mit geringem Stiftungsvermögen ausgestattet, werden nur 15.000 Euro Fördermittel vergeben. Neben Otto als Vorsitzendem und Tiefensee als Stellvertreter im Kuratorium wurden in den umfänglichen Stiftungsrat diverse Ex-Bundes-, Landes- und Gemeindevertreter berufen. Darunter sind Platzek (Brandenburger Ministerpräsident), Müller (Berliner Bauselector) und auch Neuköllns Bürgermeister Buschkowsky (TAZ 14./15. Juli 2012, Website Stiftung). Die Mitgliedschaft währt fünf Jahre und funktioniert wie ein Durchlauferhitzer:

Die Stiftung hält jährlich eine mehrtägige Tagung ab, die rund 500 Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft zusammenführt. Jetzt im September werden in Frankfurt neben hochrangigen Wirtschaftsvertretern auch Gabriel (SPD-Vorsitzender), Müntefering (Ex-Minister für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen) und Buschkowsky Redebeiträge leisten.

In Berlin kam ECE mit den Arkaden am Potsdamer Platz und zehn weiteren Standorten zum Zuge. Aber wer wird die sogenannten Non-Avion-Flächen, d.h. das geplante riesige Einkaufszentrum am Flughafen Schönefeld errichten? Die vom HFS Immobilienfonds München betriebenen Gropiuspassagen wurden wohl in Erwartung künftiger Gewinneinbußen bereits abgestoßen.

Unklar ist, ob sich ECE für die umstrittenen drei Neuköllner Großbauvorhaben bewirbt. Dies sind eine neue Edel-Siedlung an der Oderstraße mit (ca. 1.000 Wohnungen), Neubauten der degewo in Britz (ca. 400 Miet- und Eigentumswohnungen) und die massive Erweiterung des Hotel Estrel. Laut Auskunft Bezirksbürgermeister Buschkowsky wird auf dem Tempelhofer Feld kein Einkaufszentrum geplant. Aber doch eine Landesbibliothek mit einem übergroßen kommerziellen Publikumsbereich?

Weder Senat noch Bezirksamt dürfen sich für eine konzernabhängige Stiftung instrumentalisieren lassen und dort Mitglied sein. Stattdessen müssen sie ihr Privileg – die Bauleitung – gegenüber Investoren wahrnehmen und gegenüber den Bürgern verantworten.

Marlis Fuhrmann

UmFAIRteilen

Menschen vor Profite! Jede Sitzung der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung bringt es an den Tag: Der öffentlichen Hand fehlt an allen Ecken und Enden das Geld für wichtige Investitionen und Leistungen. In der Jugendarbeit, für Kindertagesstätten, in den Schulen, für Pflegestützpunkte, für Kulturarbeit. Dem stehen gigantische private Vermögen entgegen. Sie müssen verstärkt an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden: mit einer einmaligen Vermögensabgabe und einer dauerhaften Vermögensteuer. UmFAIRteilen tut not! Dafür hat sich ein Bündnis zusammengeschlossen aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbänden. Erster Höhepunkt wird der bundesweite Aktionstag am 29. September sein. DIE LINKE unterstützt das Bündnis und mobilisiert zur Demonstration.



Foto: KDH

Was ist eine Vermögenssteuer?

Die Grundidee ist so einfach wie einleuchtend: Es geht darum, Vermögende entsprechend ihrer guten wirtschaftlichen Lage stärker an der Finanzierung der Staatsaufgaben zu beteiligen. Wer sehr reich ist, soll also eine zusätzliche Steuer zahlen. Die Vermögenssteuer bezieht sich nicht auf das laufende Einkommen, sondern auf den Vermögensbesitz abzüglich von Schulden (d. h. auf das Nettovermögen). Steuerpflichtig sind nicht nur Geldvermögen (einschließlich Aktien, Staatsanleihen und andere Wertpapiere), sondern ebenso Immobilien- und Betriebsvermögen.

Wer soll das zahlen? Ich von meinem Sparbuch?

Nein, es sei denn, Sie gehören zu den reichsten ein bis zwei Prozent der Bevölkerung. Denn vorgesehen sind individuelle Freibeträge von einer halben bis einer Million Euro, und noch weit höhere Freibeträge von zwei bis fünf Millionen für Betriebsvermögen. Das heißt: Niemand muss Angst um sein Einfamilienhaus, seine Altersvorsorge oder

seinen Familienbetrieb haben. Bei einem Freibetrag von einer Million Euro wären schätzungsweise 400.000 Personen betroffen – die Reichsten unserer Gesellschaft, jenes 1 % der Bevölkerung, das über 35 % des Gesamtvermögens besitzt. Die Vermögen dieser Superreichen sind auch während der Krise nicht geschrumpft, sondern noch weiter gewachsen auf jetzt über 2,5 Billionen Euro. Das ist mehr, als alle öffentlichen Haushalte zusammen an Schulden haben. Wenn jemand eine stärkere Beteiligung an den Krisenkosten leicht verkraften kann, dann sind es diese „Top 1 %“.

Warum überhaupt Vermögen besteuern?

Während die öffentlichen Kassen leer sind, geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auf. Das Einkommen der ärmsten zehn Prozent ist von 1999 bis 2009 um 9,6 Prozent gesunken, während das reichste Zehntel der Bevölkerung noch weitere 16,6 Prozent hinzu gewann (SOEP 2010). Das Vermögen ist noch viel ungleicher verteilt als das Einkommen. Das reichste ein Prozent der Deutschen besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen zusammen so-

gar zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung hingegen hat nahezu nichts oder unterm Strich nur Schulden.

Bei der Vermögensbesteuerung geht es nicht um Neid, wie manchmal unterstellt wird, sondern um

Gerechtigkeit: Denn es ist ungerecht, wenn die Finanzstarken immer reicher werden und zugleich weniger steuerlich belastet werden, während die Finanzschwächeren ärmer werden und stärker als früher belastet. In den letzten Jahrzehnten ist die Finanzierung der öffentlichen Haushalte immer mehr zur Sache nur der „kleinen Leute“ geworden, während Reiche und Konzerne in den Genuss umfangreicher Steuererleichterungen kamen.

Demokratie: Denn es höhlt die Demokratie aus, wenn zu wenig Geld für Schulen, Kitas und Sozial-

leistungen da ist – und das Gemeinwesen zugleich immer mehr von den Entscheidungen einer kleinen, finanzstarken Elite und ihrer Fondsverwalter abhängt.

Vernünftiges Wirtschaften: Denn Bund, Länder und Kommunen geben jährlich zig Milliarden Euro für Zinsen aus. Jeder Zins-Euro an private Kreditgeber fehlt dort, wo die öffentliche Hand dringend investieren müsste. Zum Beispiel im Energie-, Bildungs- und Pflegebereich herrscht in Deutschland ein großer Mangel an öffentlichen Investitionen und Personal. Das behindert letztlich auch die Wirtschaftsentwicklung. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszusteigen: Statt Vermögende mit Zinsen dafür zu belohnen, dass sie dem Staat Geld leihen, sollte für sie wieder eine Steuerpflicht gelten, die ihrer wirtschaftlichen Leistungsstärke entspricht.

Starke Argumente zum UmFAIRteilen

Das Bündnis UmFAIRteilen hat auf seiner Internetseite weitere Argumente zusammengestellt:

<http://umfairteilen.de/start/info/>

Was bringt eine Vermögenssteuer?

Und wozu eine Vermögensabgabe?

Verschwinden Vermögende dann nicht ins Ausland?

Gab es nicht schon mal eine Vermögenssteuer?

Wäre eine Zwangsanleihe nicht auch eine Lösung?

Demnächst gibt es die Finanztransaktionssteuer - reicht das nicht?



An der Flughafenstraße war der Kiez für die Rassisten dicht. Auf Schildern und Transparenten hieß es immer wieder: „Moscheen vor Nazis schützen!“



Peter Schrott moderierte die Kundgebung des „Bündnis Neukölln“.

Fotos: KDH

Rassisten wurde „die Tour vermasset“

An der Flughafenstraße war Neukölln „dicht“ für Pro-Deutschland-Hetzer

„Pro Deutschland“ wurde ihre Wochenend-Tour vermasset, die rassistischen Rechtspopulisten kamen nicht zum Zuge.

Ihre Provokationen mit antiislamischen Karikaturen vor Moscheen oder vor linken Projekten in verschiedenen Stadtteilen blieben in antifaschistischen Blockaden hängen. Am augenfälligsten geschah das in der Neuköllner Flughafenstraße: 50 Rassisten standen rund 1.000 Demonstranten gegenüber.

Das Kalkül der Rassisten war einfach, doch es ging nicht auf: Muslime sollten durch die berüchtigten Anti-Mohammed-Karikaturen beleidigt und provoziert werden. Sie setzten darauf, dass es wie unlängst

in Nordrhein-Westfalen zu Auseinandersetzungen kommen würde. Damit sie ihren antimuslimischen Hetzparolen die passenden Bilder hinzufügen könnten. Beifall erhofften sie sich von interessierter Seite: von Springer-Blättern bis hin zum CSU-Innenminister Friedrich, der erst vor wenigen Wochen von der islamischen Gefahr schwadroniert hatte, oder Bundespräsident Gauck, für den „der Islam nicht zu Deutschland gehört“.

Auf der Kundgebung in der Flughafenstraße sprachen sowohl Vertreter des Bündnis Neukölln „Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt“, von SPD, Grünen und LINKEN, von Jugend- und Studierendenorganisationen, als auch Spre-

cher von Migrantenorganisationen und von Moscheen.

In einer gemeinsamen Presseerklärung verurteilten die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Piraten und der LINKEN das provokante Auftreten von Pro Deutschland und unterstützen den Aufruf „Pro Deutschland“ die Tour vermasset! des „Bündnis Neukölln“. Dort heisst es: „Pro Deutschland“ stört das friedliche Miteinander in Neukölln und schürt Ängste vor Minderheiten. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen dagegen, Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind, wegen ihrer Religion auszugrenzen.“

Ein vom Berliner Bündnis organisierter Stadtrundfahrt-Bus mit Aussichtsplattform blieb den Rassisten

auf den Fersen und wirkte ihnen mit Informationen und antifaschistischer Musik entgegen. „Das ist wirklich super gelaufen“, resümiert Dirk Stegemann von „Pro Deutschland die Tour vermasset“.

Mit den Aktionen gegen die „Pro Deutschland Tour“ wurde zugleich der seit längerem von der Bundesregierung und anderen rechten Kräften betriebenen Stigmatisierung von Muslimen als Fremde in Deutschland aktiv entgegen getreten. Das kann ein weiterer Schritt sein zu einer fruchtbaren Debatte über den gemeinsamen Kampf gegen Diskriminierung und Ausbeutung.

Termine: DIE LINKE.Neukölln

Bezirksmitgliederversammlung

DIE LINKE.Neukölln

Montag, 10.9., 18.30 bis 21.30 Uhr.

Ort: Richard-Schule am Richardplatz 14 in 12055 Berlin-Neukölln

Schwerpunktmäßig wollen wir gemeinsam eine Bilanz des ersten Jahres der neuen Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung ziehen und die ab September geplanten Aktionen des Bündnisses „UmFAIR-Teilen“ vorbereiten.

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Konstituierung
2. DIE LINKE in der BVV Neukölln
3. Bündnisaktivitäten „UmFAIR-Teilen“
4. Bericht über die Zukunft der Neuköllner Geschäftsstelle
5. Termine, Ankündigungen, Sonstiges

Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt parteiöffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 13.9., 19 Uhr

Donnerstag, 27.9., 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

BO Hermannstraße/BO Süd

Mittwoch, 12.9., 19 Uhr

gemeinsame Versammlung der Basisorganisationen, Thema: Situation an der Charité Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstr. 29

BO Rixdorf/BO Reuterkiez

Donnerstag, 20.9., 19 Uhr

Thema: „Geld oder Gesundheit.“

Donnerstag, 4.10., 19 Uhr

gemeinsame Versammlungen der Basisorganisation
DIE LINKE, Richardplatz 16

AG Hartz IV

Mittwoch, 12.9., 17.30 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

Kostenlose Hartz-IV-Beratung

Mittwoch, 12.9., 14 bis 16 Uhr

Mittwoch, 26.9., 14 bis 16 Uhr

(siehe auch Information auf Seite 8)

DIE LINKE, Richardplatz 16

PG Mieten

Dienstag, 2.10., 19 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

AK ErwiN

Erwerbslosenfrühstück

Dienstag, 18.9., 11 Uhr

DIE LINKE, Richardplatz 16

BVV-Fraktion DIE LINKE

Fraktionsitzungen (öffentlich)

Montag, 17.9., 18 Uhr,

Montag, 24.9., 18 Uhr,

August-Sitzung der BVV

Mittwoch, 26.9.2012 um 17 Uhr,

Sitzungssaal des Rathauses.

Vormerken:

Die BI 100% Tempelhofer Feld wird für Sonntag, 23.9., eine Demonstration und Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld anmelden. Motto: „Mittendrin statt außen vor“.

Beginn: 13 Uhr am Haupteingang Oderstraße, Kundgebung um 15 Uhr am Grillplatz.

Weitere Termine im Internet:

www.die-linke-neukoelln.de

Leben in der

50 Jahre Neuköllner Trabantenstadt

Sie ist die größte Trabantenstadt Berlins, die Gropiusstadt ist heute für rund 35.000 Menschen Heimat im Süden Neuköllns.

Ende August feierten sie mit einer 400 Meter langen Kaffeetafel 50 Jahre Gropiusstadt. Der Wildmeisterdamm wurde zur Flaniermeile. Eingeladen war zum Mitmachen und zum Mitfeiern. Und dieses Angebot wurde angenommen. An Marktständen boten Initiativen Informationen und kulinarische Leckerbissen an. Gropiusstädter Musikgruppen und Chöre zeigten Ausschnitte aus ihrem Repertoire. Das Projekt „Groß werden mit Gropius“ versammelte in einer akustischen Installation Biographien von heute etwa 30-Jährigen, die in der 1980er Jahren mit ihren Eltern in die Gropiusstadt gezogen und hier aufgewachsen sind.

Vor 50 Jahren wurde auf einer Ackerfläche der Grundstein für ein Wohnquartier gelegt, das Menschen

die Möglichkeit geben sollte, aus den dunklen Hinterhäusern Neuköllns zu entfliehen. Für die meisten von ihnen bedeutete es eine Verbesserung der Wohnsituation. Inzwischen leben neue Generationen in der Gropiusstadt. Altbewohner zogen weg. Jetzt kommen Familien, aus Nord-Neukölln und Kreuzberg, wo die Wohnungen teuer geworden sind. Die Arbeitslosigkeit entspricht dem Berliner Durchschnitt, aber viele, die hier leben sind „gering beschäftigt“ und zusätzlich auf Sozialleistungen angewiesen. Seit 2005 arbeitet ein Quartiersmanagement in einem Teil der Gropiusstadt. Gesellschaftliche Probleme kann es nicht lösen, nur auf die Folgen reagieren, wie die Kinderarmut.

KDH

Bis zum 7. November bieten Ausstellungen, Stadtteilführungen, Filmveranstaltungen und vieles mehr Einblicke in das Leben in der Gropiusstadt. Eine Übersicht gibt es unter www.qm-gropiusstadt.de.

Gropiusstadt



Fotos: KDH

Wer baute die Gropiusstadt? Die Ausstellung der IG BAU dokumentierte die Arbeit der Bauarbeiter. Bei der „Kaffeetafel“ war sie stets dicht umlagert.



„Ordnung“ und „betreten erlaubt“. Kommentare auf Plakatflächen bei der künstlerischen Aktion „Experimentelle Urbane Landschaften“.



„Miete zu teuer.“ Soziale Probleme spiegeln sich in den Spontanzeichnungen, die vorwiegend von Kindern und Jugendlichen gestaltet wurden.

DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:
DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:.....



Foto: Gabriela Ladusch

Beendigung der Militärmesse auf der ILA, da sie Teil der Rüstungsexportoffensive der Rüstungsindustrie ist, wurde am 1. September beim Antikriegs-Markt auf dem Postdamer Platz gefordert.

Bombengeschäfte stoppen!

Berliner Friedensbewegung fordert Beendigung der Militärmesse auf der ILA

Rüstungsfirmen und Bundeswehr nutzen die Faszination der Technik auf der Internationalen Luftfahrtausstellung ILA.

Die „ILA Berlin Air Show 2012“, die Mitte September in der Nähe des Flughafen Schönefeld stattfindet, bietet im „International Suppliers Center“ mit den „International Buyers' Days“ eine Rüstungsmesse, auf der Rüstungsexporte eingefädelt werden. Veranstalter der ILA sind der Bundesverband der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BdLI) und die

Messe Berlin GmbH, welche sich zu 99,7 Prozent im Besitz des Landes Berlin befindet. Die Friedensbewegung protestiert dagegen, dass der Berliner Senat für Rüstungslobby und Bundeswehr Werbemöglichkeiten schafft und fordert den Senat auf, den militärischen Teil der ILA zu beenden. DIE LINKE in Berlin und Brandenburg hat sich vom militärischen Teil der ILA distanziert.

Deutschland belegt unter den Händlern des Todes bereits Platz 3 auf der Welt und Platz 1 in der EU. Waffenexport bedeutet Aufrüstung.

Aufrüstung verunsichert und fördert die Konfrontation, wo Kooperation nötig wäre. Waffenexporte steigern die Kriegsgefahr. Luftwaffeneinsätzen soll in zukünftigen weltweiten Kriegen mit deutscher Beteiligung eine wichtige Rolle zukommen. Deshalb neue extrem kostspielige Eurofighter, Military Airbusse, Marschflugkörper und Großdrohnen. Sie sollen deutsche Sicherheitsinteressen, wie ‚einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zu natürlichen Ressourcen‘ (Verteidigungspolitische Richtli-

nien), durchsetzen. Dazu Lühr Henken vom Friedensratschlag: „Krieg darf kein Mittel der Politik sein! Ich möchte nicht, dass jugendliche Messebesucher, von Technik fasziniert, für das Kriegshandwerk missbraucht werden.“

Mit Informations- und Protestaktionen wird sich die Friedensbewegung am 15. September und 16. September an die ILA-Besucher wenden: jeweils um 10 Uhr am Gelände der ILA – Berlin Air Show. Schönefeld-Selchow (Süd), Glasower Str./Ecke L 75.

Wir sind alle Griechen! Όλοι μας είμαστε Έλληνες!



Foto: DIE LINKE

An der Sommerakademie der Europäischen Linkspartei in Griechenland nahmen auch Mitglieder der Neuköllner LINKEN teil.

Als Zeichen der Solidarität fand die alljährliche Sommeruniversität der Europäischen Linkspartei dieses Jahr im Epizentrum der Krise, in Griechenland statt.

Über 400 Delegierte aus 25 Ländern und linken Parteien Europas trafen sich in Portaria, einem Bergdorf in der Region von Thessaloniki. Auch DIE LINKE.Neukölln war mit mehreren Delegierten vor Ort. Im Mittelpunkt der fünftägigen Sommeruniversität stand der Austausch und Umgang der europäischen Linken mit der Krise und möglichen Antworten und Lösungsansätze.

Die Arbeitsgruppen beschäftigten sich beispielsweise mit Prekarität und kollektiver, solidarischer Gegenwehr, einer echten Demokratisierung der EU, Ökosozialismus, der Rolle von Gewerkschaften, den geo-

politischen Auswirkungen der Krise, Kultur und Krise sowie mit den sozialen Akteuren und Gegenbewegungen (z.B. 99%) die aus der Krise erwachsen sind.

Begleitet wurde die Sommeruniversität von linken Intellektuellen wie Michael Löwy, ob Jessop und Valter Pomar aus Brasilien. Auch Alexis Tsipras, der Vorsitzender der griechischen Linkspartei Syriza, welche bei den letzten Wahlen 26,89 Prozent der Stimmen holen konnte, nahm an der Sommeruniversität teil.

Beendet wurde die Sommeruniversität mit einer Abschlussparty bei der die Delegierten zu Hunderten Arm in Arm, Hand in Hand den griechischen Volkstanz Syrtos tanzten. Ein anderes und solidarisches Europa ist möglich!

Florian Warweg

„Ist Neukölln homophober als Schöneberg?“

Gespräch über Gefühle, Statistiken und Erfahrungen

Die LINKE.Neukölln hat im Vorfeld zum Christopher Street Day eine Veranstaltung organisiert mit dem Titel: „Ist Neukölln homophober als Schöneberg?“ Wir fragen einen der Organisatoren zu den Ergebnissen der Veranstaltung.

Neu-Köllnisch: *Ihr habt eine provokante Frage als Titel Eurer Veranstaltung gewählt. Wie seht ihr das: Ist Neukölln homophober als Schöneberg?*

Oliver: Gefühlt ist die Stimmung in Neukölln homophober als in anderen Stadtbezirken, aber statistisch lässt sich das nicht belegen. Zülfukar Çetin, Referent von G.L.A.D.T., einer Selbst-Organisation von türkeistämmigen Homosexuellen, meinte zu Beginn, dass er sich nicht vorstellen kann, im Süden von Neukölln offen schwul aufzutreten, wo Nazis stärker präsent sind. Das war eine ganz andere Sicht auf die Fragestellung, als wir eigentlich beabsichtigt hatten. Unsere Frage zielte ja auf das Vorurteil ab, dass Diskriminierung und Gewalt gegen Schwule und Lesben eher von migrantischen MitbürgerInnen ausgeht.

Du sprichst davon, das Neukölln „gefühl“ homophober ist. Was meinst du damit?

Oliver: Einige Schwule und Lesben aus meinem Freundeskreis würden nicht offen mit ihrer Sexualität in Neukölln „spazieren gehen“. Es gibt das stereotype Bild von Neukölln, als ein Bezirk mit einer hohen Kriminalitätsrate, wo Kopftuch tragende Frauen von ihren Männern unterdrückt werden und es viel Gewalt an Schulen gibt. Das Neukölln was ich täglich erlebe, ist vor allem arm. Es gibt viele Menschen die keine Arbeit haben und von Hartz IV leben müssen. Viele Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Bezirk haben keine Chance auf einen guten Schulabschluss, bekommen keinen Job, werden aus dem Kiez verdrängt, weil sie die Miete nicht mehr zahlen können und haben keine Zukunftsperspektive. Unsere muslimischen, türkischen und arabischen MitbürgerInnen sehen sich täglich antimuslimischem Ras-

sismus und Vorurteilen ausgesetzt.

Die Gewalt gegen Lesben, Transsexuellen und Schwule geht doch hauptsächlich von »jungen Menschen mit Migrationshintergrund« aus? Oder nicht?

Oliver: Homophobe Gewalt ist nicht zu tolerieren, egal von wem sie praktiziert wird. Allerdings stimmt es nicht, dass diese Gewalt hauptsächlich oder mehrheitlich von Menschen mit Migrationshintergrund ausgeht. Uns sind keine wissenschaftlichen Studien bekannt, die so etwas belegen können. Allerdings gibt es seit dem 11. September 2001 auch in der Homosexuellen-Szene zunehmend mehr Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und auch offen rassistische Positionen, wie die des Berliner Abgeordneter Sascha Steuer (CDU). Er sagte im Jahr 2009: „Immer häufiger haben die Täter Migrationshintergrund. Ich bin nicht bereit, das Zurückdrängen unserer Werte- und Ordnungsvorstellungen zu akzeptieren.“ Er lieferte keine Belege. Wir kennen diese rassistische Hetze, zum Beispiel aus den 1990er Jahren mit der Kampagne „Das Boot ist voll“.

Es gibt die Kritik, dass die Anti-Schwule Gewalt von Menschen aus dem „islamischen Kulturkreis“ tabuisiert und seine Thematisierung als politisch inkorrekt bezeichnet wird.

Oliver: Ja, es gibt diese Gewalt. Wir haben diese Fragen thematisiert. Allerdings ist Homophobie kein spezifisches Thema des „islamischen Kulturkreises“. Die Freunde von denen ich gesprochen



Foto: DIE LINKE

„Gegen die Nazis sind wir nur erfolgreich, wenn wir uns nicht spalten lassen und wenn wir Vorurteile ausräumen.“

habe, würden ebenso wenig offen mit ihrer Homosexualität in Spandau, in der Saarländischen Kleinstadt oder im Fußballstadion auftreten. All das sind Orte homophober Gewalt. Auch an der Uni habe ich regelmäßig Kommilitonen untereinander den beleidigenden Kommentar „Schwule Sau“ sagen hören. Saideh Saadat, von LesMigras, dem Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung, und Koray Yilmaz-Günay, von DIE LINKE-Tempelhof/Schöneberg, haben beide betont, dass Homophobie nicht nur physische Gewalt bedeutet. Unterdrückung und Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Transleute ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Bis heute sind sie heterosexuellen Paaren nicht gleichgestellt. Die Selbstmordrate von jungen Schwulen und Lesben, und vor allem Transleute, ist signifikant höher. Immer noch er-

leben wir Mobbing am Arbeitsplatz oder vom Wohnungsvermieter. Homophobie kann man in jedem Berliner Bezirk, in jedem Alltagsbereich und in jeder Schicht finden. Unser Fazit nach der Veranstaltung ist, dass wir sowohl Homophobie, als auch antimuslimischen Rassismus thematisieren und bekämpfen wollen und ein erste Gelegenheit ergab sich wenige Wochen später, als Nazis vor Neuköllner Moscheen demonstrieren wollten. Eine kleine Initiative von Schwulen und Lesben demonstrierte gemeinsam mit Muslimen und Musliminnen und vielen anderen Neuköllnern solidarisch gegen die Nazis. Es gab viele schräge Blicke und Diskussionen aber eines ist hängen geblieben: Gegen die Nazis sind wir nur erfolgreich, wenn wir uns nicht spalten lassen und wenn wir Vorurteile ausräumen.

Neu-Köllnisch

September 2012

Neu-Köllnisch wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE, Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin,
Tel./Fax: 030-613 59 19

Bankverbindung:

DIE LINKE, Neukölln,
Berliner Bank BLZ: 100 708 48,
Kontonummer 525 607 801

Redaktionsschluss: 7.9.2012

Beiträge für die nächste Ausgabe
bitte bis zum 25.9.2012

Namentlich gekennzeichnete Artikel
müssen nicht der Ansicht des Heraus-
gebers entsprechen.



Jetzt ist Bausenator Müller (SPD) gefordert:

Besserer Kündigungsschutz für Neuköllner Mieter?

Antrag der Fraktion DIE LINKE in der BVV angenommen

Bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen soll auch in Neukölln wegen der besonders angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt wieder der siebenjährige Schutz vor Eigenbedarfskündigungen gelten.

Ein entsprechendes Antrag an den Berliner Senat hat die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln am 22. August auf Initiative der Fraktion DIE LINKE beschlossen.

Notwendig wurde die Neuköllner Initiative, weil der Senat in einer neuen Rechtsverordnung am 16. August 2011 den Kündigungsschutz neu gefasst hatte. So wurde die gesamte Fläche von sechs Bezirken unter Kündigungsschutz gestellt, während er in Nord-Neukölln auf drei Jahre reduziert wurde. Ein verlängerter Kündigungsschutz für den Neuköllner Norden sei angeblich nicht möglich gewesen, weil „eine angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt“ für den Bezirk insgesamt

nicht bestanden habe. Dafür wurden Berechnungen aus Ortsteilen im Süden Neuköllns herangezogen.

Der jetzt beschlossene Antrag war bereits vor der Sommerpause von der Linksfraktion in Absprache mit Vertretern von Mieterorganisationen gestellt worden. Die Fraktion der Piraten hatte sich frühzeitig angeschlossen. Er wurde zur Beratung in den Stadtplanungsausschuss verwiesen. Schon im Ausschuss hatten sich alle Fraktionen mit minimalen Änderungen dem Antrag angeschlossen. Auf ihrer August-Sitzung hat dann die Bezirksverordnetenversammlung den Antrag zur Verlängerung des Kündigungsschutzes auf sieben Jahre bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen im Konsens angenommen. Jetzt liegt es an Berlins Bausenator Müller (SPD), den dringenden Wünschen der Neuköllner nachzukommen oder weiter den Profitinteressen der Haus- und Wohnungseigentümer zu folgen.

Druck notwendig

Obwohl DIE LINKE in der Neuköllner BVV gegenwärtig die kleinste Fraktion stellt und an der Bürgermeister-Zählgemeinschaft als Quasi-Koalition, nicht beteiligt ist, konnten die anderen Parteien für die Verbesserung des Mieterschutzes gewonnen werden. Damit die Entscheidung zur Verlängerung des Kündigungsschutzes in Neukölln, und am besten auch in den anderen Bezirken, vom Bausenator nicht auf die lange Bank geschoben wird, ist nach wie vor Druck durch außerparlamentarische Initiativen notwendig. Die Fraktion DIE LINKE Neukölln wird sich weiter für die Interessen der Mieter einsetzen und für bezahlbare Wohnungen streiten.

Thomas Licher



Foto: KDH

Musik-Sommer im Körnerpark

Von Juni bis Ende August hieß es auch in diesem Jahr: Immer sonntags um 18 Uhr im Körnerpark vor der Galerie „umsonst & draußen“. Die musikalische Spannweite war groß: Klassik, Jazz, World Music, Pop – vom Akkordeon-Orchester bis zum Chor.

Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe trat der 1972 in Neukölln gegründete Hans-Beimler-Chor auf. Das Repertoire umfasste Lieder der demokratischen Kultur: Brecht, Eisler, Theodorakis, Süverkrüp, Grönemeyer, Kreisler, Weill und Busch. Im Programm waren auch lange nicht gehörte Stücke, die wieder aktuellen politischen Bezug besitzen, wie das Bankenlied (Clément/Eisler) aus den 1920er Jahren.

Nachtflugverbot

Noch bis zum 28. September werden Unterschriften für das Volksbegehren zum Nachtflugverbot in Berlin gesammelt.

Ziel ist es, ein Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr am neuen Flughafen Berlin Brandenburg International in Schönefeld durchzusetzen. Er wird die Flugka-

pazitäten von Tegel TXL und Schönefeld SXF vereinen. Damit wird das Flugaufkommen mehr als 150 Prozent des Flugaufkommens von Tegel betragen. Ein großer Teil der geplanten Flugrouten wird über das Stadtgebiet von Berlin führen.

Weitere Informationen:

<http://nachtflugverbot-berlin.de>

DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

DIE LINKE, Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.

Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Die aktuellen Beratungstermine finden Sie auf der Seite 4 dieser Zeitung

Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.